

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. D. v. Hoffletten und J. D. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil. Deutschland.

* **Berlin**, 25. Nov. [Zu der vormächtlichen Drohnotengeschichte] verlautet nach Berichten aus Wien über die in Betreff dieses Gegenstandes gewechselten Depeschen zwischen Wien und Berlin, daß Preußen gegen Frankfurt allein und ohne den Bund vorgehen wolle, weil dieses als Sitz des Bundestages besondere, bisher nicht erfüllte Verpflichtungen habe. Oesterreich bestreite dagegen, daß Frankfurt als Sitz des Bundestages eine Ausnahmestellung einnehme. Ferner werfe es Preußen sein Verhalten gegen den Nationalverein vor und verlange vor Allem, daß der einzig rechtmäßige und correcte Weg, der der Bundesbeschlüsse, eingeschlagen werde, sei aber gern bereit, dem Vereinswesen in ganz Deutschland das Lebenslicht auszublasen. Nun, wir meinen, daß es wohl auch hier nach dem Sprüchwort gehen werde, „seine Suppe wird so heiß gegessen, als sie gelocht wird“. So lange die „Vormächte“ selbst noch nicht einmal über den einzuschlagenden Weg unter sich einig sind und die sonstigen sehr beträchtlichen Differenzen in der Herzogthümerfrage fortbestehen, dürfte die Gefahr nicht drohend werden.

— [Aus den Herzogthümern] wird, einer Mittheilung der „Flensburger Nachrichten“ zufolge von einer neuen Maßregel gegen die Presse berichtet, daß nämlich auch der „Hamburger Correspondent“ für das Herzogthum Schleswig verboten worden ist. — In Flensburg ist die „Norddeutsche Zeitung“ mit Beschlagnahme belegt worden, und zwar wegen ihrer Mittheilung über die in Sonderburg vom Gouverneur v. Manteuffel gesprochenen Worte.

Die „Kieler Ztg.“ veröffentlicht folgende Aufforderung:

An unsere Mitbürger! Es ist eine Ehrenpflicht des Landes, nach Möglichkeit die Männer schadlos zu halten, welche im Kampfe für das Landesrecht materielle Nachteile zu erleiden haben. Auf mehrfache und uns ergangene Aufforderung haben wir uns als Comité constituirt, um der in dieser Richtung erforderlichen Thätigkeit einen Mittelpunkt zu bieten. Indem wir demnach unsere Mitbürger auffordern, sich mit regelmäßigen Beiträgen zu betheiligen, hoffen wir, daß jeder nach seinen Kräften das Seine thun werde, einer uns allen obliegenden Ehrenpflicht zu genügen und erluchen, die in den einzelnen Districten zu diesem Zweck bereits gesammelten und fernherin eingehenden Gelder an den mitunterzeichneten Kammermann Ed. Lorenzen in Altona einzuliefern. Kiel, Altona und Schleswig im November 1865. Christ. Kruse. L. Schrader. M. Schlichting. Ed. Lorenzen. Dr. Heiberg.

— [Weitere Anklagen gegen den „Social-Demokrat“.] Aus Hferlohn erhalten wir die Nachricht, daß sowohl Herr C. W. Bölske als die beiden Redacteurs des „Social-Demokrat“, letztere der Theilnahme, angeklagt sind, wegen Ver-

leidigung eines Beamten (des Bürgermeisters Hülsmann) in Beziehung auf seinen Beruf, und — durch öffentliche Schmähung die Einrichtungen des Staates der Verachtung ausgelegt zu haben.

— [Confiscationen.] Die heutige Nummer (277) der „Berliner Reform“ ist ohne Angabe des Grundes polizeilich mit Beschlagnahme belegt worden. Ebenso das humoristisch-satyrische Beiblatt zur heutigen „Tribüne“. Ferner Nr. 47 der „Verfassung“ vom 25. Nov. wegen des Artikels: „Schafft uns eine gute Volksschule“, und die „Düsseldorfer Ztg.“ vom 21. ten, Gründe unbekannt.

— [Verurtheilt] wurde die „Elberfelder Ztg.“ zu 10 Tblr. Geldbuße des Verlegers.

— [Freigegeben] wurde die jetzt confiscirte Nummer der „Preuss.-Lit. Ztg.“ — mit Vorbehalt der Appellation des Staatsanwalts.

* **Wien**, 23. Nov. [Eröffnung der außerungarischen Landtage. Adressen.] Heute fand die Eröffnung der Landtage aller außerungarischen Kronländer statt. Sämmtlichen Landtagen wurde von den betreffenden Statthaltern und Landeschefs das kaiserliche Manifest, das Patent vom 20. September und das kaiserliche Handschreiben vom 7. November, welches eine Mittheilung des Septemberpatents an die Landtage anordnet, mitgetheilt. In Wien, Graz, Klagenfurt, Linz und Salzburg wurde der Antrag gestellt, einen Ausschuss einzusetzen, welcher die besonderen Rückwirkungen des Septemberpatents auf das Wohl des Landes zu erwägen, darüber zu berichten und geeignete Anträge zu stellen habe. Dieser Antrag wurde in Wien und Salzburg sofort angenommen. Die Motivirung des Antrages in Wien enthält einen scharfen Protest gegen den Erlaß des Septemberpatents. Dem Ausschusse in Wien ist auch die Mittheilung der Statthalterei über das Septemberpatent zugewiesen. — Der Landtag in Lemberg hat Dankadressen für den Erlaß der Amnestie und für das Septembermanifest beantragt und angenommen. — Ebenso sind in Prag, Laibach, Czernowitz und Brünn von den betreffenden Landtagen Adressen beantragt worden.

Hannover. [Die Anerkennung Italiens] wird, nach neuesten Mittheilungen, von der diesseitigen Regierung noch immer beharrlich verweigert.

* **Leipzig**, 24. Nov. [Im Prozeß gegen L. Würtel] wurde hier am 21. d. M. der Angeklagte zu 12 Tblr. und 1/2 der Kosten verurtheilt. Derselbe hatte bekanntlich die seiner Zeit in ganz Deutschland gebrandmarkte Wirthschaft im hiesigen Pestalozzistift, in einem poetischen Werkchen, das schnell 7 starke Auflagen erlebte, gezeigelt; die Vorsteher des Stifts waren nun auf Verleumdung und Beleidigung flagbar geworden, und Würtel zu 20 Thalern und in die Kosten verurtheilt worden. Advocat Dr. Joseph verteidigte den Angeklagten in der öffentlichen Verhandlung glänzend, aber trotz seines entschiedenen Hinweises darauf, daß die be-

züglichen Thatsachen sich auch als solche ausgewiesen, wurde vom Gerichtshof die Beleidigung anerkannt. Hiernach können also, trotz erwiesener Thatsachen durch öffentliche Besprechung derselben (nicht der Personen) damit in Verbindung stehende Personen beleidigt werden. In der That eine merkwürdige Rechtsanschauung!

* **Raffau**, Ende Nov. [Unsere Arbeiter-Winzerverhältnisse und Fortschrittspartei.] Unser Land hat jetzt, und zwar zu Wiesbaden selbst, auch einen Arbeiterbildungsverein erhalten, in welchem sich ein reges Streben kund giebt. Wir haben überhaupt in Wiesbaden einen tüchtigen Arbeiterstand, der aber bis jetzt sich von der Fortschrittspartei leiten ließ. Der neue Verein hat jedoch von vorn herein die „Advokaten“, (welche eben die Hauptführer jener Partei sind) grundsätzlich ausgeschlossen. Daß die Fortschrittspartei von Allem, was über den Horizont von Schulze-Dehligsch hinausgeht, nichts wissen will, das zeigt sich bei uns auf das augenfälligste. Wir haben eine ziemlich große Anzahl von Vorschuß- und Kreditvereinen, welche meistens von Fortschrittlern gegründet oder geleitet sind; aber an die Gründung von Productiv-Associationen denkt keiner. Und doch liegen diese für Raffau, als Weinbau treibendes Land, so nahe, daß wir gleichsam mit der Nase darauf gestoßen werden, wenn wir auch nicht schon in andern Ländern, z. B. in Württemberg an den dortigen sogenannten Winzer-Associationen das Vorbild hätten. Es ist ein Jammer, wie unsere kleinen Weinbauern ihr edles Product verschleudern müssen und überhaupt in jeder Beziehung gegen die großen Weinproducenten im Nachtheil sind! Da schreibt z. B. die „Raffauiische Landesztg.“ Nr. 260, unterm 2. Nov.: „Der Mensch versuche die Götter nicht! Wäre strenge Kälte oder Schnee eingetreten, wölk' ein bedeutender Schaden wäre dann aus dem Hinschieben der Weinlese erwachsen, besonders dem gering begüterten Winzer, zumal da es ihm nach der jetzt bestehenden Einrichtung nicht frei steht, vor dem allgemeinen Herbst seine Trauben einzuthun. Dem geringen Mittelmann erwächst in keinem Jahr ein Gewinn, wenn der Herbst lange hinausgeschoben wird, da seine 2 oder 3 Dhm nur ganz denselben Preis haben, ob sie 14 Tage früher oder später gelesen sind. Den Gewinn aber hat nur der Käufer. Ganz anders freilich liegt die Sache bei größeren Weingutsbesitzern. Diese können und müssen etwas riskiren in guten Weinjahre, und was sie an Quantität verlieren, ersetzt doppelt die vorzügliche Qualität; darum werden diese stets für das Hinschieben des Herbstes sein.“ Das genannte Blatt, welches zwar kein Fortschrittsblatt ist, aber darin ganz mit unserer fortschrittlichen Presse übereinstimmt, weiß nun keinen andern Rath, als daß man den kleinen Winzern einige Zeit vor dem allgemeinen Herbst das Lesen auf ein oder zwei Tage erlauben solle!

Dieser weise Rath ist aber fürs Erste unausführbar; fürs Zweite würde durch die Ausführung desselben, wenn sie auch möglich wäre, der Nachtheil, in welchem sich der kleine Winzer dem großen gegenüber befindet, nur dem allergeringsten Theile nach und nicht einmal in jedem Jahre aufgehoben. Denn die Hauptnachtheile, nämlich, daß der kleine Mann wegen der geringen Quantität seines Weinbaues keine Auslese halten kann, und daß er wegen des Mangels an Räumlichkeiten u. sein Produkt so gleich absetzen muß, — diese Nachtheile bleiben so wie so, und so lange der geringe Winzer in seiner Vereinzelung bleibt. Doch daß den kleinen Weinbauern nur durch die Produktiv-Associationen geholfen werden kann, das ist eine bekannte und hundertmal besprochene Sache. Aber weöhalb unsere „Liberalen“, die doch den „Fortschritt“ vor unsern Conservativen voraus haben wollen, diesen darin vollkommen gleichen, daß sie von dem wahren Fortschritt müsschenstill sind und unsere armen Winzer im Dunkeln tappen lassen, das wird nicht besprochen und ist doch sehr leicht zu ergründen. Man darf nur fragen, welche Leute im Uebingau die Fortschrittler, oder doch die Führer der Fortschrittspartei sind? Man wird dann finden, daß es gerade die großen Weinbergbesitzer und Weinbändler, oder, wie die „Raff. Woztg.“ sagt, die „Käufer“ sind, die von den jetzigen Zuständen „allein den Gewinn haben.“ Denn diese sind es eben, welche den kleinen Winzern ihr Produkt so gleich von der Kelter weg zu geringem Preise abkaufen, um den Profit, den diese haben können, in ihre Taschen zu stecken. Es zeigt sich in diesem Falle wieder sehr klar, daß man, um den wahren Fortschritt zu fördern (der immer auch auf dem socialen Gebiete liegen muß), ebenso über die sog. Fortschrittspartei, wie über die conservative hinauszuweisen hat. In dieser Beziehung herrscht aber in unserm Lande leider noch die Finsterniß. Wer die „Fortschrittspartei“ anzufragen wagt, der ist in den Augen des getäuschten Volkes ein „Reactionär“, und wer in irgend einer öffentlichen Frage mit der conservativen Partei geht, muß dies stets nur aus eigennützigen Absichten gethan haben.

Kassel, 22. Nov. [Kriegsgerichtliche Freisprechung.] Zu Anfang dieses Jahres brachte die „Wehr-Zeitung“ einen Artikel über die seitige Militärverhältnisse, welcher so übel vermerkt ward, daß man eine Untersuchung einleitete, um den Verfasser desselben, welchen man im kurhessischen Offiziercorps vermutete, zu ermitteln. Die Art und Weise, wie diese betrieben ward, erregte gerechte Entrüstung, indem auf Anrathen von gewisser Seite her man des Mientäters dadurch habhaft werden wollte, daß man die Officiere auf Ehrenwort befragte, bez. sich dasselbe von jedem Einzelnen geben lasse, daß er den fraglichen Artikel nicht verfaßt habe. Die Aufregung, welche ein solches Anstehen erregte, war groß, und die meisten Regiments-Commandeure suchten taktvoll in irgend einer Weise die ihnen gestellte Aufgabe zu umgehen. Der Oberst und Commandeur des 2. Husaren-Regiments, v. Biedenfeld, sagte die Lösung dieser Aufgabe buchstäblich auf, stieß aber auf die entschiedene Verweigerung der abzugehenden Erklärung und dieserhalb wurden die Premier-Lieutenants v. Stamford und Nebelthau in Anklage versetzt. In diesen Tagen hat, wie die „Wehrztg.“ berichtet, die Aburtheilung derselben durch ein Kriegsgericht stattgefunden und Beide wurden freigesprochen.

Unland.

* **Paris, 23. Nov.** [Tagesbericht.] Zur Adoption des Prinzen Sturvide durch den mexikanischen Kaiser wird dem „Constitutionnel“ aus Mexiko geschrieben, es handle sich dabei durchaus um keine Adoption. Indem der Kaiser von Mexiko den Nachkommen Sturvide's den Prinzentitel zuerkannte, sei nur seine Absicht gewesen, ihnen einen Ehrentitel zu geben. Er habe ihnen darüber nur eine Stellung schaffen wollen, die mehr mit ihrer Abkunft harmonire, und sie ihnen namentlich in einer Weise geben wollen, die nicht wie ein Wohlthätigkeitswerk, sondern wie eine nationale Anerkennung zu betrachten sei. — Bezüglich eines Conflicts mit dem Kabinet von Washington

ist man hier mit der äußersten Sorgfalt darauf bedacht, alles aus dem Wege zu räumen, was durch nahe liegende Ideen-Verbindungen die Meinungsänderungen der Washingtoner Regierung unterhalten könnte. Was jüngst Herr v. Mentholen von Seward zu hören bekam, ist noch nicht bekannt, aber Frankreich hat sich nach Kräften bemüht, alle Gegenstände unliebsamer Erörterungen zu beseitigen. So hatte z. B. Brasilien mehrere Kriegsschiffe auf französischen Werften bauen lassen und noch andere bestellt. Die ersteren aber durften nicht anlaufen und die Bestellungen mußten an englische Häfen übergehen. Die Schiffsbauer haben sich vergebens beim Handelsminister beklagt und darauf hingewiesen, daß England aus ihrem Schaden Nutzen ziehe, ohne daß Brasilien an der Erreichung seines Zweckes verhindert werde. Die Regierung lehnte alle Vorstellungen ab, offenbar lediglich den Principien der Vereinigten Staaten zu Gefallen, da sie auf Paraguan gewiß wenig Rücksicht nehmen würde. — Manche hiesige kleine Blätter haben Einzelheiten über das Hofleben in Compiègne gebracht, die dort übel vermerkt wurden. Man trägt daher jetzt Sorge, daß die „profane Menichheit“ möglichst wenig von dem erfahre, was sich „auf der Höhe“ ereignet. — In Betreff der spanisch-italienischen Verwickelungen hat das anwärtige spanische Amt ein Rundschreiben angefertigt, welches an die Konsulen der verschiedenen in europäischen Mächte gerichtet, eine vollständige Darstellung des Streites enthalten soll, der sich schon so lange Zeit hingezogen hat. Die Interessen übrigens, welche die Mehrzahl der handelsreibenden Mächte zu wahren haben und welche durch die Blockadeverhängung des Admirals Pareja so arg gefährdet erscheinen, ergeben sich aus der nachfolgenden Uebersicht von Ein- und Ausfuhr dieser südamerikanischen Republik. Dieselbe beläuft sich für England auf 13,060,000 Dollars, für Frankreich auf 6,850,927 D., für die verschiedenen deutschen Staaten Nordamerikas auf 2,518,690 D., für Spanien selbst auf 653,417 D. und für andere Länder noch auf 6,644,180 D., so daß im Ganzen eine Summe von 32,670,895 Dollars in Frage kommt, während sich die streitige Forderung Spaniens auf nur 15 Mill. Fr. beläuft. England allein soll in diesem Augenblick für 25 Mill. (1 Mill. Pfd. St.) an Waaren für Chili unterwegs haben. Die chilensische Flotte besteht übrigens aus fünf Dampfern zu je 36 Kanonen, einer Raderschaluppe von 3 Kanonen und zwei Kanonenbooten mit je 2 Geschützen. Eigenthümlich erscheint diesem kriegerischen Vorgehen Spaniens gegenüber die eben vollzogene Armeereduction um 10%, die sicherlich weit einschneidender ist, als die französische gleichnamige Maßregel, weil in Frankreich bei gleicher Höhe der Reducirung die Verminderung sich auf 35 bis 40,000 Mann belaufen haben müßte. So wie sie jetzt ist, kann die französische Armeereduction nimmermehr für anderes, denn als eine Schein-Concession angesehen werden, über die so viel Aufhebens zu machen, wie gechehen, nicht der Mühe werth war. — Marschall Mac Mahon wird am 4. Decbr. aus Oesterreich zurück erwartet, um der für diesen Tag angesetzten Marschalls-Conferenz unter dem Vorsitz Paraguan d'Hillier's beizuwohnen. — Nach dem jüngst erfolgten Tode des Testamentsvollstreckers des alten Talleyrand, Herrn de Bacont, soll man in Bälde dem Erscheinen der inhaltreichen Memoiren dieses Diplomaten entgegenzusehen dürfen. — Die Finanzlage Oesterreichs erscheint so kläglich als irgend möglich. Nach hier aus Süddeutschland eingetroffenen Nachrichten haben sich die Bankiers von Frankfurt, Augsburg, Stuttgart u. außer Stande erklärt, das neue österreichische Anlehen dort zu placiren. Das Publikum betrachte, und mit Recht, dieses Unternehmen mit dem allergrößten Mißtrauen.

* **London, 23. Nov.** [Adresse wegen Chili. Untersuchung wegen Jamaica. Comité für ein Palmerston-Denkmal. Arbeiter-Meeting. Die Revenen: Ueber Palmerston.] Eine Anzahl angesehener hiesiger Kaufleute hat dem Earl of Clarendon wegen der Maßregeln der spanischen Regierung gegen Chili

eine Adresse übersandt, in welcher sie denselben um seine Verwendung bittet, damit den Zwangsmaßregeln, deren Fortdauer die schwersten Folgen nach sich ziehen müßte, ein Ende gemacht werde. — Bezüglich der Vorgänge auf Jamaica sieht es ziemlich fest, daß die Regierung baldigst eine Untersuchung einleiten werde. Dagegen weiß man zur Stunde noch nicht sicher, ob nicht mittlerweile auch auf anderen Punkten der Insel Unruhen ausgebrochen sind, wie neuerdings wieder behauptet wird. Leider führen aber derartige Untersuchungen nur sehr selten zu einem Resultate, denn mit den Revisionen von Kriegsgerichten, die auf dem Marische errichtet worden sind, und in der größten Hast ihre Urtheile vollstrecken, wird es zu allen Zeiten und unter allen Verhältnissen eine mißliche Sache sein. — In aller Stille bildet sich ein Comité um Lord Palmerston ein Denkmal zu setzen. Ob in der Westminster-Abtei oder auf einem der öffentlichen Plätze der Hauptstadt, wird als offene Frage behandelt. In Southampton ist der größte Theil der zu gleichem Zwecke zu sammelnden Summe rasch gerechnet worden, und gestern Abend fand hier ein Meeting von Arbeitern statt, die dem Verstorbenen ebenfalls ein Denkmal setzen, seinen Namen durch irgend eine gemeinnützige Stiftung verewigen wollen. Gladstone, den das betreffende Comité zum Vorsitzenden erwählt hatte, rieth, einen Arbeiter aus ihrer Mitte an die Spitze zu stellen; andere Parlaments-Mitglieder, wie Grosvenor und Stansfeld, haben dem Comité versprochen, ihm mit Rath und That an die Hand zu gehen. Uebrigens bringen die Revenen und Vierteljahrschriften fortwährend biographische Artikel und Notizen über Palmerston. Solch glänzende Nachrufe sind noch nie einem Staatsmanne zu Theil geworden, der über ein halbes Jahrhundert lang in der Öffentlichkeit gelebt und somit der Kritik Anhaltspunkte genug geliefert hat. Ueberdies häufig lobende Artikel über ihn sind eine Unmenge veröffentlicht worden, tadelnd sehr wenige, geradeum feindselige gar nicht.

— 24. Nov. [Neuestes.] Infolge „Meyds List“ sind 50 Kaperbriefe der chilenischen Regierung in Newyork eingetroffen und 2 Kaperschiffe chilenischer Flagge bereits ausgelassen. — Weitere pr. „Nava“ eingetroffene Berichte aus Newyork vom 15. d. Mittags melden: Die Legislatur von Süd-Carolina hat das die Abschaffung der Sklaverei aussprechende Verfassungs-Amendement angenommen. Dasselbe bildet nunmehr einen Artikel der Bundesverfassung. Die Legislaturen von Minnesota und Wisconsin haben sich gegen das Stimmrecht der Neger erklärt. Zur Aufrechterhaltung der Neutralität gegenüber Mexiko hat die Unionsregierung den Uebtritt von bewaffneten Schaaren, so wie die Ausfuhrung von Munition über die mexikanische Grenze unteragt. General Logan ist zum Minister der Vereinigten Staaten bei der Republik Mexiko, und General Kilpatrid in gleicher Eigenschaft bei der Republik Chile ernannt worden. Der Letztere begiebt sich, ehe er auf seinen Posten abgeht, in besonderer Mission nach Spanien. — Die letzte Levantepost mit Nachrichten aus Konstantinopel vom 18. d. M. meldet aus Teheran, daß alle fremden Gesandten wegen Verleumdungen von Seiten des Persischen Ministers des Answärtigen ihre Beziehungen zur Persischen Regierung abgebrochen haben.

* **Italien.** [Kammer-Präsidentur. Kirchengüter. Handelsvertrag mit dem Zollverein. Der Senat.] Rattazzi, der sich schon seit Wochen wie der unzweifelhafte Kammer-Präsident benahm, wird mit diesem Amte wahrscheinlich dieselben Erfahrungen wie mit seiner Candidatur zur Minister-Präsidentenstelle machen. Die meisten wirklichen Ansichten hat Decio, da das Gewicht, das die Linke in Folge der Wahlen erhalten, einen Mann erheischt, der dieser Seite näher steht und mehr persönliches Ansehen besitzt, als der zwar geriebene, doch sonst sehr wenig angesehene Rattazzi. — Der Kammer vorgelegte Gesetz-Entwurf über die Reorganisation der Kirchengüter enthält, wie die Nazione meldet, folgende Punkte: Die Kirchengüter werden verkauft; der Erlös wird in Renten umgewandelt; die Erz-